

Bankenaufsicht

Sorge um Regulierungsarbitrage

Es ist gewiss nicht das zentrale Anliegen ihrer öffentlichen Bekundungen, aber Sabine Lautenschläger (siehe ZfgK 8-2013) und Elke König warnen immer wieder vor unerwünschten Neben- oder gar Wechselwirkungen der vielen Regulierungsinitiativen. Das zeigte sich auch Ende Mai in nahezu zeitgleich gehaltenen Reden der Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank beim Symposium Bankenaufsicht im Dialog und der Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bei der Pressekonferenz und der Vorstellung des aktuellen BaFin-Jahresberichtes 2012. Auch wenn in den Medien zuletzt gewisse Meinungsverschiedenheiten der Bundesbank und der BaFin beim Vertretungsanspruch der deutschen Aufsicht in den Gremien der neuen EZB-Aufsicht artikuliert worden sind, haben die beiden ranghöchsten Vertreterinnen der deutschen Bankenaufsicht Ende Mai vergleichsweise offene und harte Kritik an der Aufsichtspraxis in den USA geübt. Zwar lassen beide keinen Zweifel daran, in den vergangenen Jahren schon viel erreicht zu haben, und hier wie dort klingt große Sympathie für eine globale Umsetzung von Basel III an. Doch genau an dieser Stelle lassen sie zumindest Restzweifel heraushören oder herauslesen, ob es insbesondere den USA mit einer rechtlich konsistenten Implementierung der international vereinbarten Regeln wirklich ernst meint. Während die Vizepräsidentin der Bundesbank bei den regelmäßigen Umsetzungskontrollen des Baseler Ausschusses in dessen Arbeit zur Aufdeckung nationaler Defizite bei der Implementierung sowie der Aufklärung der Öffentlichkeit im Rahmen des sogenannten „name and shame“-Ansatzes vertraut, klingt die BaFin-Präsidentin weniger optimistisch.

Sie warnt vielmehr generell vor sichtbaren Anzeichen einer Renationalisierung der Aufsicht. Mit den Artikeln 165 f. des Dodd-Frank-Act, so ihr Vorwurf in Richtung Washington, ziehen die USA nicht mehr mit den im Baseler Ausschuss versammelten Aufsichtsbehörden und Zentralbanken der anderen wichtigen Industriestaaten an einem Strang, sondern wenden sich klar von den G20-Beschlüssen des berühmten Pittsburgh-Gipfels ab. Als falschen Weg kritisiert sie zudem die erkennbare Neigung der US-Aufseher, andere Aufsichtssysteme nicht als gleichwertig anzuerkennen. Genau an dieser Stelle wird Sabine Lautenschläger konkreter. Ganz gezielt prangert sie die US-Vorschläge an, die aufsichtlichen Anforderungen an ausländische Bankengruppen zu erhöhen. Diesen US-Töchtern soll demnach ein höheres Kapital- und Liquiditätspolster verordnet werden, um mögliche Schwierigkeiten der Mut-

tergesellschaften abzudecken. Durch solche „Renationalisierungstendenzen“ hält die oberste Aufseherin der Bundesbank die anstehenden Aufgaben zur grenzüberschreitenden Abwicklung global aktiver Institute für unnötig erschwert.

Ob dieses gewollte oder zufällige Zusammenspiel der beiden Aufseherinnen etwas hilft, bleibt allerdings fraglich. Denn es sind nicht nur die unterschiedlichen Interessen zwischen Europa und den USA, die ein Level Playing Field erschweren, sondern auch die Differenzen zwischen den europäischen Ländern bis hinein in die Kreditwirtschaft und die Politik. Und dabei ist die Sorge vor unerwünschten Nebenwirkungen einer Regulierungsarbitrage längst nicht nur auf Basel III beschränkt, sondern allein mit der Finanztransaktionssteuer, mit der AIFM-Richtlinie und EMIR eignen sich drei weitere Beispiele als Impulsgeber für neue globale Marktverwerfungen, die eigentlich vermieden werden sollten. Gerade die Regulierung der Over-the-Counter-Derivate im Dodd-Frank-Act tituliert die BaFin-Präsidentin als einen weiteren „ärgerlichen“ Fall eines nationalen Alleingangs. Als solcher kann umgekehrt freilich auch der europäische Weg der Finanztransaktionssteuer empfunden werden.

So ist die noch so gut gemeinte globale Regulierung sichtbar dabei, selbst zu einem schwer kalkulierbaren Risiko zu werden. In der Finanzwirtschaft treten die wahren Folgewirkungen oft erst in der Umsetzungsphase richtig zutage, wie etwa die Berechnungen zu den finanziellen Belastungen durch die Finanztransaktionssteuer zeigen. Auch in Kreisen der Aufseher hat man diese Gefahr erkannt und nimmt sie offenbar ernst. Und die ersten Differenzierungsbemühungen im Verständnis von einer Regulierung mit Augenmaß gibt es zumindest hierzulande auch in der Politik. Mit Blick auf eine Profilierung im Bundestagswahlkampf haben die Regulierungsarbitrage und die unerwünschten Neben- und Wechselwirkungen der Regulierung aber wohl nur das Zeug für ein Randthema.

Deutsche Bank

Hoffnungslos

Eigentlich darf man gerührt sein. Ein Co-Vorstandssprecher dieser unbestritten sehr großen und vielleicht auch sehr mächtigen Deutschen Bank spielt John F. Kennedy. Er begrüßt zur Hauptversammlung der Aktionäre in Deutschland auf Deutsch, nach dem Motto: Seht her, ich bin hier. Ich respektiere Eure Vorbehalte. Ich komme Eurer Sentimentalität des leicht gestörten Nationalbewusstseins entgegen. Ein paar Tage später ist die-

ser Co-Vorstandsvorsitzende dann sogar höchstversöhnlich zur Politik gegangen, konkret zu einer Diskussionsveranstaltung der Partei der Grünen, die sich mittlerweile so staatstragend fühlt. Wer sich als wohlwollend gegenüber dieser Deutschen Bank und vielleicht sogar „den Banken an sich“, darstellen möchte, kann solche Gesten als Zeichen einer Annäherung werten. Als Schritte im angekündigten „Kulturwandel“. Wer sich als Kritiker der Bank wie auch des „Systems an sich“ zur Unversöhnlichkeit verpflichtet fühlt, darf auch den deutschlernenden Mr. Jain kühler Berechnung zeihen. Denn die Stimmung gegen die Banken, die virulente wie die latente, die könnte schlechter nicht sein. Da kommt es durchaus auch auf freundliche Handzeichen an. Das weiß doch so ein Kapitalist.

Als einer der früheren Vorstände des gewaltigen Hauses gefragt wurde, wie denn wohl eine eben von ihm angekündigte Maßnahme von der Öffentlichkeit bewertet werden würde, antwortete er: „Die Deutsche Bank wird immer kritisiert, ganz gleich was sie macht.“ Er hat dies damals ohne Resignation gesagt, nur aus der Erfahrung heraus. Und möglicherweise hat diese Bank aus diesem Wissen heraus, niemals so beliebt sein zu können wie eine Kreissparkasse, ihre eigene Leistungsfähigkeit derartig kultiviert, dass man bei ihr nicht Kunde ist, weil man sie liebt, sondern weil sie gut bis zur Arroganz sein kann. Dass ein solcher Status und ein solches Selbstverständnis von der Volksmeinung stets nur begrenzt goutiert werden, zeigt sich derzeit auch auf anderen Schauplätzen: Die Begeisterung für den Triple-Champion Bayern hält sich außerhalb Münchens in überschaubarem Rahmen. Man darf offenkundig hierzulande nicht furchtbar erfolgreich werden, ohne die Solidarität von „wir hier unten“ gegen „die da oben“ zu provozieren.

Bankenkritik hat in Deutschland eine anmutige Geschichte, wenn man nur an die jahrzehntelange genussvolle Beschäftigung mit der „Macht der Banken“ denkt. Generationen von engagierten PR-Menschen haben daran nichts zu verändern vermocht. Denn der Zorn des vermeintlich ohnmächtigen Kleinbürgers auf alle diejenigen, die ihn ihre vermutete unbeschränkte Verfügungsgewalt über Geld immer wieder so schmerzlich spüren lassen, ist eben nie zu besänftigen gewesen. Vielleicht spielt dafür die gezielte Unwissenheit gerade der Deutschen über ökonomische Zusammenhänge eine besondere Rolle. „In Gelddingen“ nicht Bescheid zu wissen, gilt vielen geradezu als schick – und als Forderung nach umfassendem Verbraucherschutz inklusive dem „Recht auf Kredit“ möglichst als Verfassungsgrundsatz.

Die gegenwärtige Bankenpolitik in der Bundesrepublik wie im Euro-Europa erreicht jedoch eine neue Dimension. Banken sind auf dem Weg, von

den Politikern aller Couleur unter großem Beifallsgeschrei der Wahlvölker in die Rolle eines leider notwendigen Übels geschoben zu werden. Unter populären Sammelbegriffen „Regulierung“ und „Aufsicht“ entwickelt sich ein System von Kontrollen, das von einem nie dagewesenen Misstrauen gegenüber einer ganzen Branche geprägt ist. Es geht nicht mehr darum, „Auswüchse zulasten der Steuerzahler“ einzuschränken, sondern die Bankengesetzgebung ist dabei, die Kreditwirtschaft in eine Art von Sicherheitsverwahrung zu stecken, wie sie für untherapierbare Kriminelle empfohlen wird.

Übrigens: Die Fernsehproduktion über die Verfehlungen der Deutschen Bank (in der Woche ihrer HV) war überwiegend korrekt recherchiert. Dennoch hatte sie nur ein Ziel: Zu demonstrieren, dass Banken sui generis leider unheilbar sind.

Bankhaus Metzler

Beruhigende Kontinuität

Einige Privatbanken haben es derzeit durchaus nicht leicht. So streben manche Häuser eine neue oder zumindest veränderte Positionierung an und verordnen sich deshalb striktes Kostenmanagement sowie Maßnahmen zur Effizienzsteigerung (etwa HSBC Trinkaus oder Sal. Oppenheim mit Stellenabbau). Andere versuchen, durch Anpassungen ihres Geschäftsmodells auf die Marktentwicklungen zu reagieren (wie Bankhaus Lampe oder Hauck & Aufhäuser). Schweizerische Private-Banking-Anbieter ziehen sich vom deutschen Markt teilweise zurück, während neue Mitbewerber auch aus dem Sparkassen- und Genossenschaftslager langsam Fuß fassen (etwa DZ Privatbank). Personelle Veränderungen (zum Beispiel bei der Berenberg Bank oder bei der Castell-Bank) verbreiten in den jeweiligen Häusern zusätzliche Unruhe. Insgesamt verschärft sich somit die Wettbewerbslage im Geschäft mit vermögenden Privatkunden. Marktbeobachter rechnen mit einer baldigen Konsolidierung im Markt der Private-Banking-Anbieter. Dabei ist eine Tendenz klar erkennbar: Angesichts der umfangreichen Dokumentationspflichten, dem damit verbundenen Aufwand und den Haftungsrisiken wenden sich viele Häuser von der individuelleren Vermögensberatung ab und verstärken die Vermögensverwaltung zu und sondieren in diesem Zuge mögliche Mitstreiter.

Gänzlich unbeeindruckt von dieser Gemengelage scheint nach wie vor das Bankhaus Metzler zu sein. Wie immer schüttet die Frankfurter Privatbank nur eine Dividende von 2,3 Millionen Euro an die Aktionäre aus. Ansonsten wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß langjähriger Praxis wieder-

rum bilanztechnische Gestaltungsmöglichkeiten genutzt, um stille Reserven zu bilden. Mit 20 Millionen Euro stärkte das Haus die Gewinnrücklagen und damit das offen ausgewiesene Eigenkapital sowohl in der Bank als auch im Konzern, sodass die Kernkapitalquote mittlerweile bei über 20 Prozent liegt. Insgesamt ist das Bankhaus Metzler mit dem Geschäftsverlauf 2012 durchaus zufrieden. Das Zinsergebnis lag mit 22 Millionen Euro leicht über dem Vorjahresergebnis von 21 Millionen. Das Provisionsergebnis sank zwar von 145 Millionen Euro auf 134 Millionen Euro, lag jedoch immer noch um zwei Millionen Euro über dem Niveau von 2010. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich gegenüber 2011 um drei Millionen Euro auf 139 Millionen Euro. Wie im Vorjahr konnte die Bank allerdings bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag einen positiven Betrag erzielen. Dank der aufgrund der EuGH-Rechtsprechung geänderten Behandlung des sogenannten „negativen Aktiengewinns“ im Jahr 2001 gab es eine Steuerrückstattung in Höhe von 10,3 Millionen Euro.

Dass die Frankfurter Privatbank bei ihrem Geschäft nicht einfach nur „ihren Stiefel weitermachen“ will, zeigen die erfolgreichen Initiativen in den fünf Geschäftsfeldern des Hauses. Im Bereich Asset Management etwa sieht man sich bei den Geschäftskunden inzwischen als etablierter Lösungsanbieter für die gesamte Palette des Pension Managements. Im Geschäftsfeld Corporate Finance konnte die Bank unter anderem vom zunehmenden Interesse asiatischer Investoren an deutschen Zielunternehmen profitieren und – nicht zuletzt dank der erfolgreichen Repräsentanz in Peking – einige Transaktionen mit Investoren aus China und Japan erfolgreich zum Abschluss führen. Im Bereich Equities führt man das erfreuliche Ergebnis unter anderem auf maßgeschneiderte Aktientransaktionen für institutionelle Geschäftspartner zurück. Im Bereich Financial Markets sieht man Gründe für eine verstärkte Geschäftstätigkeit mit der industriell geprägten Kundschaft insbesondere in aktiven Strategien, beispielsweise zum Thema Repo/Wertpapierleihe. Und im Private Banking schließlich konnte das Bankhaus die Verbindungen zu den Kunden an den fünf bundesdeutschen Standorten nach eigenen Angaben weiter festigen.

Gleichwohl sind Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und Kontinuität für das Bankhaus Metzler nach wie vor von überragender Bedeutung. Diese Werte spiegeln sich dabei nicht nur in dem seit Jahren weitgehend unveränderten Geschäftsmodell wider, sondern auch bei der Belegschaft. Neben einem gewissen Purismus in der Vermögensverwaltung – vornehmlich Aktieninvestments und keine vermeintlich steuersparenden Anlageformen – empfinden die vermögenden Kunden gerade in der aktuellen Zeit eine personelle Kontinuität sicherlich als Beruhigung.

Unternehmensfinanzierung

Zahlungsmoral als Indikator

Als wichtiges Element der Unternehmensfinanzierung gilt neben dem kurzfristigen Bankkredit auch der Lieferantenkredit. Einen Indikator für dessen Lage und absehbare Trends in Deutschland und Europa bietet das regelmäßig veröffentlichte Zahlungsmoralbarometer von Atarius. Die Frühjahrs-erhebung 2013 des Dienstleisters im Forderungsmanagement bei 3000 Unternehmen zeichnet für 14 europäische Länder das aktuelle Zahlungsverhalten von Firmenkunden nach. Tenor: Die Stimmung der Wirtschaft ist getrübt, und die immer noch vergleichsweise günstigen Verhältnisse in Deutschland deuten längst noch nicht auf eine konjunkturelle Erholung für Gesamteuropa hin.

So mussten die deutschen Unternehmen 3,7 (Westeuropa 5,0) Prozent der Gesamtsumme ihrer ausstehenden Rechnungen im Inland als Totalverlust verbuchen (plus 37 Prozent). Noch deutlicher fiel hierzulande der Anstieg der abgeschriebenen Forderungen im Auslandsgeschäft aus. Die 4,8 (Westeuropa 4,7) Prozent bedeuten einen Anstieg um 71,4 Prozent. Europaweit bezifferten die befragten Unternehmen fünf Prozent der Gesamtsumme ihrer Forderungen als uneinbringlich. Über diesem europäischen Durchschnitt liegen Italien, Griechenland, Frankreich und Irland (mit 7,6 beziehungsweise 6,3 Prozent, 6,0 Prozent und 5,4 an uneinbringbaren Forderungen im Inland), aber auch die Schweiz und Österreich mit 5,7 Prozent und 5,6 Prozent. Weniger als fünf Prozent ihrer Inlandsforderungen abschreiben mussten die Unternehmen in Großbritannien (4,8 Prozent), Spanien (4,0 Prozent), Schweden (3,9 Prozent), Belgien (3,6 Prozent), Dänemark (2,8 Prozent) sowie den Niederlanden (2,3 Prozent). Höchst unterschiedlich sind übrigens auch die Zahlungsziele. Ihre durchschnittliche Spannweite reicht von 21,3 Tagen in Österreich über 23,4 Tage in Dänemark und 24,3 Tage in Deutschland bis hin zu 57,1 Tagen in Spanien, 57,8 Tagen in Griechenland und 58,1 Tagen in Italien. Der Durchschnittswert für Westeuropa liegt bei 34,6 Prozent.

All dies sind mittlerweile wichtige Informationsquellen für die Einschätzung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland. Denn die Geschäftsaktivitäten deutscher Mittelständler im Ausland sind von der Ausnahme zur Regel geworden. In einigen Branchen wie Kfz-Zulieferindustrie, dem Maschinenbau und der metallverarbeitenden Industrie, aber auch in der Chemie und der kunststoffverarbeitenden Industrie bis hin zur Elektronikbranche sind die Unternehmen mehrheitlich im Ausland aktiv. Auch am Bau und in der Agrarwirtschaft werden Quoten von einem Viertel registriert.